

Bürgerbeteiligung in Rostock

Das Rostocker Magazin „Stadtgespräche“ hatte im Frühjahr 2024 einen Infofilm erstellt und zusammen mit weiteren Informationen zum Thema „Bürgerbeteiligung“ unter www.stadtgespraeche.org/bb.php allen Parteien und Wählervereinigungen zugänglich gemacht, die im Juni zur Kommunalwahl antreten. Anschließend sind die Parteien zu ihren jeweils konkreten Vorstellungen dazu für Rostock gefragt worden. Hier finden Sie die Antworten.

1. Welche Aussage des von uns bereit gestellten Film ist aus Ihrer Sicht die wichtigste? Gibt es darin auch Aussagen, denen Sie in dieser Form nicht zustimmen würden – und wenn ja, warum nicht?

Zunächst einmal vielen Dank für den Film und das dahinter stehende Engagement für das Thema Bürger:innenbeteiligung. Der Film enthält viele wichtige Aussagen, hier unsere Top 3 der wichtigsten Aussagen:

1. die übersichtliche Darstellung der unterschiedlichen Formen von Bürger:innenbeteiligung
2. die Aussage, dass gute Bürger:innenbeteiligung mit einem Qualifizierungsprozess einhergeht
3. die Art und Weise Einbindung von Betroffenen in den Prozess der Bürger:innenbeteiligung, und zwar als eine Stimme im Kanon der Beteiligten

Grundsätzlich stimmen wir allen Aussagen im Film zu. Es gibt im Fazit des Films eine Aussage, die etwas widersprüchlich ist. Im Fazit klingt es nämlich so, dass Betroffene grundsätzlich auszuschließen sind. Dieser Aussage würden wir in dieser Absolutheit nicht zustimmen. Weiter vorn im Film klang es auch anders. Dort heißt es, Betroffene müssen beteiligt werden, aber eben als eine Stimme im Kanon aller zu beteiligenden Personengruppen. Es gehört mit zu den größten Herausforderungen in der Kommunalpolitik, die Sichtweise von direkt Betroffenen angemessen in Beteiligungsprozesse einzubinden. Hier gut zu agieren, ist nicht immer einfach.

Nehmen wir das Beispiel Straßenbahnnetzerweiterung und die dafür notwendige Überplanung von Kleingärten. Die Betroffenheit der Kleingartenbesitzer:innen ist total verständlich. Hier geht es aus unserer Sicht um Zuhören, Akzeptieren, Verstehen, Erklären und Informieren. Sehr wichtig ist eine gute Moderation für eine möglichst sachliche Gesprächskultur und die Verbindlichkeit von Zeitplänen und Planungsschritten. Mich/uns würde sehr interessieren, wie so ein Prozess im Idealfall gestaltet werden könnte.

Manchmal scheint es so, als ob ein Vorhaben von einer großen Mehrheit abgelehnt wird. Vielleicht sind dann aber auch nur die lauten Stimmen hörbar. Teilweise ist die Ablehnung mit viel grundsätzlichem Frust und einem großen Misstrauen verbunden. Es ist aber trotzdem wichtig, dass die Perspektive von Betroffenen nicht pauschal abgewiegelt wird, sondern ihre Perspektive einbezogen wird. Häufig erleben wir im politischen Alltag, dass sich Menschen erst dann oder nur dann einbringen, wenn sie direkt betroffen sind. Betroffene kön-

nen dann sehr laut und manchmal auch respektlos sein. Manchmal steckt dahinter eine „not in my backyard“-Mentalität und es wird eine fehlende Beteiligung vorgeschoben, weil die eigene Betroffenheit keine ausreichende Berücksichtigung findet. Das Thema der guten und angemessenen Einbindung von Betroffenen ist also wirklich sehr wichtig.

2. Wollen Sie in der kommenden Bürgerschaftslegislatur neue oder bestehende Formate der Bürger:innenbeteiligung nutzen, um die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen? Falls Ja: Welche Schritte planen Sie konkret – und inwiefern beinhaltet das auch eine Nutzung etablierter Beteiligungsformate?

Bürger:innenbeteiligung war und ist ein wichtiger Baustein Grüner Politik. Wir sehen Bürger:innenbeteiligung als ständigen Lernprozess für die Politik und für die gesamte Stadtgesellschaft. In der zu Ende gehenden Bürgerschaftsperiode wurde – unter unserer aktiven Mitarbeit – ein Leitfaden für Bürger:innenbeteiligung erarbeitet und beschlossen und ein Büro zur Bürger:innenbeteiligung installiert. Mittlerweile ist in vielen Verwaltungseinheiten und bei Planer:innen angekommen, dass gute Bürger:innenbeteiligung nicht nur zu mehr Akzeptanz sondern sogar zu schnelleren Prozessen führen kann. Wir wollen uns in der kommenden Bürgerschaft dafür einsetzen, dass die erreichten Standards für Bürger:innenbeteiligung (Leitfaden Bürger:innenbeteiligung, Beteiligungsbüro) fortgeführt und weiter entwickelt werden. Es gibt allerdings noch immer viele Stimmen (in der Politik, in der Verwaltung, bei Investor:innen), die mehr Bürger:innenbeteiligung ablehnen. Dadurch würden Vorhaben verlangsamt und verteuert und es gäbe außerdem ausreichend vorhandene Beteiligungsformate. Genannt werden da die Ortsbeiräte oder die formalen Beteiligungsverfahren. Formale Beteiligungsverfahren werden von Bürger:innen und selbst auch von uns in der Kommunalpolitik oft als starr erlebt. Da gibt es wenig Platz für ganz konkrete Anliegen. Außerdem sind die konkreten Zeitfenster für das Einbringen von anderen Sichtweisen oft sehr kurz. Wir erleben das sch(m)erzhaft so: Zuerst wird gesagt „das ist zu früh“ und dann geht es schnell über in „das ist zu spät“ oder „das muss an anderer Stelle geklärt werden“.

Die Ortsbeiräte sind aus unserer Sicht ein wertvoller Ort für das Einbringen von Bürger:innenanliegen. Gerade die Ortsbeiräte könnten in ihrer Funktion noch stärker genutzt und in Beteiligungsverfahren eingebunden werden. Der Vorteil ist, dass es monatliche und damit regelmäßige Treffen gibt und man so an bestimmten Anliegen auch konkret dranbleiben kann. Eine respektvolle Gesprächskultur untereinander und mit den Bürger:innen ist hilfreich auch für das gegenseitige Verstehen. Die Gesprächskultur hängt oft von einer guten Versammlungsleitung und Moderation ab, die der oder die Vorsitzende eines Gremiums übernimmt. Ggf. könnte eine Qualifizierungsangebot für Menschen, die qua Amt Sitzungen leiten, hilfreich sein.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Politik und Stadtgesellschaft die Vorteile von zusätzlicher Bürger:innenbeteiligung (z. B. in Form von Bürger:innenräten) erkennen und nutzen. Dafür ist es sicher hilfreich, immer genau zu überlegen, welche Form der Beteiligung für welches Vorhaben sinnvoll ist. Sehr oft ist eine gute Information schon mal ein erster Schritt sowie eine transparente und verständliche Einordnung von Planungsprozessen. Hier gibt es noch viel zu tun. Viel zu oft dümpeln Webseiten von Beteiligungsverfahren halbfertig umher oder sind nicht auf dem aktuellsten Stand.

3. Wie kann sichergestellt werden, dass die Ergebnisse der Beteiligung auch wirklich genutzt werden?

Auch an diesem Punkt ist noch viel zu tun. Grundsätzlich wäre folgendes Vorgehen hilfreich: Die Ergebnisse von größeren Beteiligungsprozessen (wie zu Rahmenplänen) müssen sich in politischen Beschlüssen am besten verbunden mit transparenten und aktuellen Zeitplänen wiederfinden. Auch das Thema Beschlusskontrolle ist wichtig. Die Ergebnisse von kleineren Prozessen (wie zur Gestaltung eines Bürgerparks) müssen zeitnah in die Umsetzung gehen.

Einige Beispiele der jüngeren Vergangenheit sollen den bisherigen Umgang mit Bürger:innenbeteiligung in Rostock verdeutlichen: Vor einigen Jahren gab es eine umfassende Bürger:innenbeteiligung zum neuen Flächennutzungsplan für Rostock - <https://zukunftsplan-rostock.de>. In mehreren Zukunftswerkstätten wurden Bürger:innen sehr umfassend und einladend beteiligt und sogar erste Szenarien für den Flächennutzungsplan wurden erarbeitet. Danach sind die Ergebnisse aber irgendwie versandet. Bis heute gibt es keinen Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes. Sehr viel wertvolle Lebenszeit und Gedanken von Menschen sind (umsonst?) eingeflossen.

Eine anderes Beispiel ist der Rahmenplan KTV: Dieser wurde ebenfalls in einem breiten Beteiligungsprozess (sogar mit einem Baustein für Jugendbeteiligung) erarbeitet und von der Bürgerschaft beschlossen. Selbst mir als Bürgerschaftsmitglied ist nicht klar, an welcher Stelle der Umsetzung wir gerade stehen.

Ein aktuelles Beispiel ist das Studio Südstadt – auch die Ergebnisse der Südstadt-Studios sollen sich in einem Rahmenplan für die Südstadt wiederfinden, der von der Bürgerschaft beschlossen werden soll. Bislang hören wir von den Südstadt-Studios nur gute Feedbacks. Es kommt dann darauf an, dass die Ergebnisse auch wirklich Grundlage für weitere Entwicklungen und Planungen in der Südstadt sind und die Vorhaben auch in die Umsetzung kommen.

Im Sinne von Transparenz und guter Information sollte nachvollziehbar erläutert werden, dass Rahmenpläne nicht mehr und nicht weniger sind als eine Grundlage für Entwicklungen in den nächsten Jahren. Sinnvoll wäre es, die Zeithorizonte und die konkreten nächsten Schritte für die Umsetzung von beschlossenen Rahmenplänen transparent zu machen und Umsetzungsschritte auch immer wieder zu aktualisieren.

4. Was braucht es noch, um mehr Bürger:innenbeteiligung für die politischen Entscheidungsprozesse der Stadt zu nutzen? Und was braucht es damit die gesetzlich festgeschriebene Kinder- und Jugendbeteiligung endlich auch in Rostock gelingt?

Es wäre schön, wenn positive Beispiele und die Ergebnisse von gelungener Bürger:innenbeteiligung besser kommuniziert werden. Das erhöht die Akzeptanz für Beteiligungsprozesse und erhöht hoffentlich die Bereitschaft von Skeptiker:innen (in der Verwaltung, in der Politik und von Investor:innen), sich zukünftig eher darauf einzulassen. Bürger:innenbeteiligung muss auch greifbarer werden für die Menschen, die sich beteiligen. Sie müssen erkennen können, was aus ihren Ideen geworden ist. Es scheint wichtig, eine Fehlerkultur zu etablieren. Auch bei der Bürger:innenbeteiligung dürfen Fehler gemacht werden. Fehler gehören zu Lernprozessen.

sen dazu. Nur so können wir als Stadtgesellschaft herausfinden, was für welchen Prozess in Rostock funktioniert.

Zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung hat die Bürgerschaft im letzten Jahr einen Beschluss gefasst. Dieser Beschluss muss von der Verwaltung zügig umgesetzt werden. Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist es wichtig die Zeiträume kürzer zu halten, so dass die Ergebnisse für die beteiligten Kinder und Jugendlichen auch noch sichtbar und im besten Fall erlebbar werden. Ich vermute, dass die Ergebnisse der Jugendbeteiligung am Rahmenplan KTV für die damals beteiligten Kids nicht mehr zur Geltung kommen. Das ist schade und erhöht vermutlich nicht gerade die Bereitschaft für zukünftige Beteiligungsprozesse.